Johannes Schraps.

SPD

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 19/2018
23. November 2018

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

nach langen Verhandlungen liegt seit letzter Woche der Vertragsentwurf für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union vor. Aber noch ist nicht sicher, ob der Vertrag im Vereinigten Königreich überhaupt durchs Parlament kommt. Denn der politische Sturm, den die Europafeinde in Theresa Mays Partei entfacht haben, könnte die Regierung in London hinwegfegen, damit das vorhandelte Abkommen gefährden und zu einem harten Brexit führen.
Aus diesem Grund wird sich der Bundestag in den kommenden Wochen auch mit Notfallmaßnahmen für den Fall eines Austrittes ohne ein Abkommen beschäftigen.
Dennoch steht für uns fest, dass wir dieses Szenario vermeiden müssen. Denn ein harter Brexit würde vor allem die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreiches, aber auch in der Europäische Uni treffen.
Das ausgehandelte Abkommen kann dabei helfen, die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU geordnet zu beenden. Zu diesem geordneten Übergang gehört, dass London seine – in der Vergangenheit entstandenen – finanziellen Verpflichtungen gegenüber der EU erfüllt. Wir reden hier über eine Größenordnung von etwa 40 Mrd. Euro.
Ebenso gehört zu einem geordneten Übergang, dass wir Rechtssicherheit für die Menschen herstellen, die auf dem jeweils anderen Territorium leben. Das sind ca. 3 Mio. EU-Bürger und 1 Mio. Briten.
Ebenso dringend müssen wir aber den europäischen Zusammenhalt wieder stärken. Seit ihrer Gründung steht die Europäische Union für Freiheit, Demokratie, wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit sowie Partnerschaft über nationale Grenzen hinweg. Doch in der öffentlichen Wahrnehmung hat das europäische Projekt in den vergangenen Jahren viel von seiner Ausstrahlung eingebüßt. Im Europawahlkampf wollen wir für ein soziales, einiges und demokratisches Europa werben. Eine EU, die konkreten Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger bringt. Der Parteivorstand hat heute ein Eckpunkte-Papier für die Europawahl verabschiedet, das unsere Vorstellungen für die Zukunft Europas enthält und Ausgangspunkt für das spätere Europawahl-Programm sein soll. In den kommenden Monaten wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, wie es uns gelingen kann, mehr Europa zu wagen und gemeinsam die Zukunftsaufgaben zu bewältigen.

Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen findet, Ihr wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer Johannes Schraps

Terminauswahl
|24. November 2018 |09:00—11:00 Uhr
Abgeordnetenfrühstück im DGH in Schlarpe
|24. November |15:00—16:00 Uhr
Kreispokalwettbewerb Kreisjugend Feuerwehr Holzminden, Wilhelm Raabe Schulzentrum Eschershausen
|24. November |17:00—18:30 Uhr
Grünkohlessen SPD Hameln-Nord, Gemeindezentrum Hohes Feld
|1. Dezember 2018 |10:30—12:30 Uhr
Aufstellungskonferenz Bürgermeisterwahl Aerzen, Gasthaus "Zum alten Forsthaus"

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Besuch der Pionier-Kaserne im Solling
— AG 60 plus UB Konferenz in Holzminden
Seite 3 — Besuch Elithera in Hameln
Seite 4 — SPD-Debattencamp in Berlin
— Besucher in Berlin
Seite 5 — Trondheim
Seite 6 — Bundeshalt 2019
Seite 7 — Werkstättenkonferenz
Seite 8 — Pressemitteilung Vorlesetag

Ihr findet mich auch bei:

BESUCH DER PIONIER-KASERNE AM SOLLING

Am vergangenen Donnerstag habe ich mir den ganzen Vormittag Zeit dafür genommen, einen detaillierten Eindruck in der Pionier-Kaserne am Solling zu gewinnen. In Holzminden war ich dafür beim Panzerpionierbataillon 1 zu Gast.

Mit Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Belke habe ich mich intensiv zur Situation des Bundeswehr-Standortes ausgetauscht und beim Gespräch mit den Kompaniechefs und den Vertrauenspersonen viele Fragen diskutiert. Zwischendurch konnte ich bei einer Übung auf dem Landübungsplatz dabei sein. Dabei wurde die Rettung von Verletzten aus einem Konvoi geübt, der auf eine Mine gefahren und unter Beschuss geraten ist. Es ging ziemlich ordentlich zur Sache: Ich war mittendrin und konnte anschließend auch die Auswertung begleiten. Genau wie der Wehrbeauftragte des Bundestages bin ich als Standortabgeordneter natürlich ebenfalls ein Ansprechpartner für Soldatinnen und Soldaten in Holzminden.

Unterbezirkskonferenz der AG 60plus im SPD Unterbezirk Holzminden

Bei der Unterbezirkskonferenz der AG 60 plus des SPD-Unterbezirk Holzminden im Festsaal in Delligsen habe ich aus Berlin berichtet. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Peter Maciewski habe ich einen kurzen Rückblick auf mein erstes Jahr im Bundestag gewagt. Die Bilanz fällt gemischt aus: Ich konnte mich schnell einarbeiten, bringe mich in konkreten Themenbereichen in der Fraktion und den Ausschüssen zum Wohle des Weserberglandes ein und bin dennoch viel im Weserbergland präsent. Auch die SPD-Minister haben bereits viele wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht. Trotzdem kommt davon aber offensichtlich nicht unbedingt genug bei der Bevölkerung an. Das Erscheinungsbild der Bundesregierung lässt durch viele unnötige und sehr populistische Debatten sicher an vielen Stellen zu wünschen übrig. Daran müssen wir auch als SPD-Fraktion arbeiten.

BESUCH BEI ELITHERA IN HAMELN

Im Scharnhorstviertel in Hameln habe ich im Reha- und Gesundheitszentrum Elithera weitere Einblicke in die Physiotherapie, die Ergotherapie und die ambulante Rehabilitation gewinnen können. Nach einem Rundgang durch die Praxis- und Trainingsräume habe ich mich im Gespräch mit Geschäftsführer Tammo Horn zur aktuellen Situation vor Ort informiert. Auch hier macht sich der Fachkräftemangel bemerkbar und wird sich durch die Schließung der Physio-Schule in Bad Pyrmont zusätzlich noch verschärfen. Wir müssen die so genannten menschennahen Dienstleistungen endlich attraktiver machen. Mit besseren Gehältern, mit einer kostenfreien und bezahlten Ausbildung und mit ordentlichen Arbeitsbedingungen - damit junge Menschen diese Berufe auch wieder gerne ergreifen! Die Koalition in Niedersachsen hat mit 1,5 Millionen Euro die Schulgeldfreiheit für Therapieberufe wie Logopäden und Physiotherapeuten eingeleitet. Der Einstieg beginnt zum 01.08./01.09.2019. Die 1,5 Mio. Euro sind für die ersten Monate des Schuljahrgangs ab 2019/2020 eingeplant. Aufsteigend bis zum Jahr 2021 wird diese Regelung dann 12 Millionen pro Jahr kosten.

Als SPD drängen wir jedoch auf eine bundeseinheitliche Regelung. Es wird Zeit, dass der Bund in Person von Gesundheitsminister Jens Spahn ein Konzept vorlegt und die Länder hier finanziell entlastet. Leider gibt es zurzeit keinen konkreten Fahrplan aus dem Ministerium von Jens Spahn. Als Sozialdemokraten wollen wir das Schulgeld für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen abschaffen - so, wie es in den Pflegeberufen bereits beschlossen wurde. Insbesondere Franziska Giffey drängt hier auf eine schnelle Umsetzung. Dabei hat sie meine Unterstützung ebenso wie die der gesamten Fraktion.

SPD-DEBATTENCAMP IN BERLIN

Vor zwei Wochenenden fand das Debattencamp in Berlin statt. So sieht Weiterentwicklung von Parteien aus, so wird Erneuerung mit Leben gefüllt. Starke inhaltliche Diskussion, gute Vernetzung und natürlich passte dann auch die Stimmung dazu! Herzlichen Dank auch an Andrea Nahles und Lars Klingbeil, die auf diese Weise neue Wege gehen. Toll, dass das Weserbergland hervorragend vertreten war! Und natürlich haben wir uns auch als junge Abgeordnete intensiv in den Diskussionsprozess eingebracht. Unter anderem mit einer Panel-Diskussion zur Zukunft der Arbeit. Nirgendwo werden die Konflikte der Arbeitswelt so sichtbar wie beim Thema Zeit. Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie zu wenig Zeit für sich, für ihr eigenes Leben haben. Aufgabe der SPD ist es den Menschen mehr selbstbestimmte Zeit im Leben zu geben. Zeit ist damals wie heute eine Verteilungsfrage und Gerechtigkeitsfrage. Da darf es keine zwei Klassen geben. Zwischen jenen, die sich Zeit leisten können und jenen, die in ihrer Arbeit getrieben sind. In einer guten Gesellschaft passt sich die Arbeit dem Leben an und nicht umgekehrt.

BESUCHER IN BERLIN

In den vergegangen zwei Wochen hatte ich zwei Besuchergruppen zu Gast in Berlin. Zu einem hat die **KGS Moringen** im Bundestag vorbeigeschaut. Da ich am Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz teilnahm, konnte ich sie zwar leider nicht persönlich treffen, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben aber natürlich selbstverständlich genauso intensiv über den Arbeitsalltag in Berlin berichtet. Die Studierendengruppe von der **HAWK aus Holzminden** konnte ich wieder persönlich in Empfang nehmen. Die Studentinnen und Studenten aus den Studiengängen Soziale Arbeit, Baumanagement, Immobilienwirtschaft, Green Building und Immobilienmanagement brachten viele unterschiedliche Sichtweisen und dementsprechend viele gute Fragen ins Gespräch ein. Ich freue mich über das große politische Interesse der Besucher.

BESUCH IN BERLIN: WIE FUNKTIONIERT DAS?

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mich in Berlin zu besuchen und sich über meine politische Arbeit vor Ort zu informieren. Wenn ihr mich auch gerne mal im Berlin besuchen möchtet- auch gerne spontan- dann meldet Euch einfach per E-Mail bei mir.

Auf meiner Homepage gibt es eine Übersicht, wer mich im vergangenen Jahr besucht hat.

https://www.johannes-schraps.de/category/berlin-besucher/

SITZUNG DES STÄNDIGEN AUSSCHUSSES DER OSTSEEPARLAMENTATIERER IN TRONDHEIM (NORWEGEN)

Letzte Woche habe ich den Deutschen Bundestag als Delegationsleiter bei der Sitzung des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) im norwegischen Trodheim vertreten. Die BSPC ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion und verfolgt das Ziel einer engeren Zusammenarbeit zwischen den nationalen und regionalen Parlamenten der Anrainerländer. Der Ständige Ausschuss tagt in der Regel vier Mal im Jahr.

Der Fokus unserer Sitzung lag konkret auf der Umsetzung umweltfreundlicherer Schiffsverkehre. Schiffe tragen heute einen immer größeren Anteil an den globalen CO2-Emmissonen, der unbedingt zurückgefahren werden muss.

Wir haben uns vor Ort deshalb über konkrete Forschungsprojekte im Fjord von Trondheim zu zu autonomer Mobilität im Schiffsverkehr, zu alternativen Schiffsantrieben zur Vermeidung von CO2-Emmissonen und zur Vermeidung von Plastikmüll informiert und mit Experten ausgetauscht. Das war wie immer ein sehr guter Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen. Eine wichtige Voraussetzunum gemeinsam Lösungen für viele grenzüberschreitende Herausforderungen zu finden.

Bundeshaushalt 2019 – Zukunftsinvestition für ein solidarisches Land

Der Haushalt 2019 steht. Wir setzen klare Schwerpunkte und investieren in soziale Sicherheit und in Zukunftschancen für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stärken Familien durch bessere Kitas und mehr Kindergeld. Wir schaffen mehr soziale Sicherheit, indem wir die gesetzliche Rente sichern, mit dem sozialen Arbeitsmarkt neue Chancen für Langzeitarbeitslose schaffen und indem wir das Recht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Weiterbildung stärken. Mit dem Haushalt 2019 beschließen wir einen echten Investitionshaushalt, mit dem wir für die Zukunft vorsorgen. So machen wir Politik für ein solidarisches Land.

Wir schaffen es mit diesem Etat die Investitionen auf ein Rekordniveau zu steigern und trotzdem ohne neue Schulden auszukommen. Von 356,4 Mrd. Euro Gesamthaushalt fließen 2019 38,9 Mrd. Euro in Investitionen. Wir nutzen alle vorhandenen Spielräume, um in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu investieren. Für schnelles Internet in ganz Deutschland oder um die Schulen in unserem Land für das digitale Zeitalter fit zu machen. Mit dem Energie- und Klimafonds oder dem Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ schaffen wir nachhaltige Werte und fördern die wirtschaftliche Entwicklung.

Damit gute Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, stellen wir mit dem Gute-Kita-Gesetz sicher, dass sich der Bund finanziell an der Kinderbetreuung beteiligt. Wir wollen mehr Förderung, mehr Qualität und weniger Gebühren in den Kitas. Dafür investieren wir in den nächsten vier Jahren 5,5 Mrd. Euro. Zusätzlich sorgen wir für eine finanzielle Entlastung von Familien in Höhe von 9,8 Mrd. Euro pro Jahr, z. B. durch 10 Euro mehr Kindergeld im Monat oder durch einen Ausgleich bei der „kalten Progression“. Wir erhöhen das BAföG und verbessern die Weiterbildungsmöglichkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Langzeitarbeitslose bekommen mit dem sozialen Arbeitsmarkt neue Chancen in der Arbeitswelt. Dafür stehen 2019 knapp 1 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung.

Sicherheit und Zusammenhalt

Wer heute mitten im Berufsleben steht, muss sich darauf verlassen können, dass die Rente nach einem Leben voll harter Arbeit reicht. Deshalb sorgen wir vor: Die Renten steigen zukünftig wieder wie die Löhne, das Rentenniveau und die Beiträge werden bis 2025 stabilisiert. Die Finanzierung stellen wir mit einer Demografierücklage sicher, in die ab 2019 jährlich 2 Mrd. Euro fließen.

Mieterinnen und Mieter, vor allem in großen Städten, werden aus ihrem Wohnumfeld verdrängt, weil die Mieten durch die Decke steigen. Das akzeptieren wir nicht. **Wir stellen für den Sozialen Wohnungsbau im kommenden Jahr 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung.** Für mehr Wohnungsbau sorgen wir durch die vergünstigte Bereitstellung von bundeseigenen Grundstücken an die Kommunen. Mit dem Baukindergeld unterstützen wir Familien beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum. Zusätzlich verschärfen wir die Mietpreisbremse, begrenzen die Modernisierungsumlage, bestrafen gezieltes Herausmodernisieren und schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum.

Beim Zoll werden jedes Jahr neue Stellen geschaffen. Dadurch können bis 2021 über 4.700 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unbefristet übernommen werden, um noch konsequenter gegen Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Verstöße beim Mindestlohn vorzugehen. Hier geht der Bund also bei seinen Beschäftigten mit gutem Beispiel voran, indem tausende Stellen entfristet werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien erhalten damit verlässliche Perspektiven. Damit dies auch in der Privatwirtschaft gilt, werden wir 2019 das unbefristete Beschäftigungsverhältnis wieder zur Regel und die sachgrundlose Befristung zur Ausnahme machen. Endlose Kettenbefristungen schaffen wir ab.

In unsteten Zeiten übernehmen wir auch international Verantwortung. Wir stärken Deutschlands Engagement für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit. Für die humanitäre Hilfe im Ausland stellen wir 1,58 Mrd. Euro in den Haushalt ein. Darüber verbessern wir zum Beispiel die Situation von Kriegsflüchtlingen in Syrien oder im Libanon.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mindestens in gleichem Maße anwachsen wie der Verteidigungshaushalt. Im nächsten Jahr stellen wir im Vergleich zum Regierungsentwurf 700 Mio. Euro zusätzlich für die Entwicklungspolitik bereit. Insgesamt steigern wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf 10,2 Mrd. Euro.

12. WERKSTATTRÄTEKONFERENZ DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Die Werkstatträte in den Werkstätten für behinderte Menschen vertreten die Interessen der Beschäftigten. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt diese wichtige Aufgabe mit der jährlichen Werkstatträtekonferenz. Rund 350 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet sind der Einladung gefolgt. Besonders gefreut habe ich mich, dass mit Monika Blaszynski und mit Lena Müller auch zwei Vertreterinnen aus dem Weserbergland dabei waren. Monika Blaszynski ist Vorsitzende des Gesamtwerkstattrates und mit Lena Müller vertrat sie die Harz Weser Werkstätten. (HWW) mit ihren Standorten in Dassel, Holzminden, Northeim und Osterode. Dieses Jahr drehte sich die Diskussion darum, wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen zukunftsfähig gestaltet werden können, wie ihr Profil entsprechend neuer Anforderungen weiterentwickelt werden kann und wie das Mit- und Selbstbestimmungsrecht der Beschäftigten in den Werkstätten gestaltet werden muss. Kerstin Tack, unserer Sprecherin für Arbeit und Soziales, hat sich gemeinsam mit meiner Vorgängerin Gabriele Lösekrug-Möller in der vergangenen Jahren bereits intensiv für viele Verbesserungen eingesetzt hat.

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:
Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann

Pressemitteilung

Bundesweiter Vorlesetag: Schraps liest in zwei Einrichtungen für Alt und Jung

Bereits zum fünfzehnten Mal fand in diesem Jahr der bundesweite Vorlesetag statt. Auch der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Schraps nahm erneut am Vorlesetag teil. In diesem Jahr besuchte Schraps mit der Niels-Stensen-Grundschule am Basberg und der Tagespflege-Nord der Julius -Tönebön-Stiftung zwei ganz unterschiedliche Einrichtungen in Hameln und las dort aus einem Jugendbuch und einer Reihe von Gedichten vor.

Die Niels-Stensen-Schule nutze den Vorlesetag gleich für einen ganzen Projekttag rund ums Thema „Lesen“. Mit dem Buch des bekannten Jugendbuch-Autors Marc-Uwe Kling „Der Tag an dem die Oma das Internet kaputt gemacht hat“ startete Schraps dort vormittags mit einer Lesung mit den 3. und 4. Klassen in der Niels-Stensen-Grundschule. Schraps freute sich über viele aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer: „Die Kinder haben es sich im Klassenzimmer gemütlich gemacht und mir aufmerksam und mit großen Augen und Ohren zugehört.“ Im Anschluss an diese Lesestunde, bei der die Schulkinder auch noch viele Fragen zu den Aufgaben von Johannes Schraps als Bundestagsabgeordneter loswerden konnten, ging es weiter zur Tagespflege-Nord der Julius-Tönebön-Stiftung. Hier las der Abgeordnete aus einer Auswahl verschiedenster kleiner Geschichten und Gedichte vor, die allesamt zum diesjährigen Jahresmotto des Vorlesetages „Natur und Umwelt“ passten.

Schraps dazu: „Bei jungen und bei älteren Menschen ruft das Zuhören beim Vorlesen eine ähnliche Reaktion hervor. Die Aufmerksamkeit und Neugier sind ein Ausdruck dafür, dass man etwas Besonderes für den Moment bewirken kann, wenn man sich in dieser schnelllebigen Zeit ein wenig Zeit und Muße zum Vorlesen nimmt. Toll, dass mir die Zuhörerinnen und Zuhörer in der Tagespflege anschließend auch selbst noch viele Geschichten aus ihrem reichen Erfahrungsschatz erzählt haben.“

Der Vorlesetag gilt als größtes Vorlesefest Deutschlands: Die Initiatoren DIE ZEIT, die Stiftung Lesen und die Deutsche Bahn Stiftung schaffen es dadurch immer wieder Begeisterung für das Lesen und das Vorlesen zu wecken.

Der Aktionstag folgt der Idee: Jeder, der Spaß am Vorlesen hat, liest an diesem Tag anderen vor – zum Beispiel in Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Altersheimen und Buchhandlungen. Beim 14. Bundesweiten Vorlesetag 2017 nahmen ca. 170.000 Vorlesende teil.

Hinweis zum Bild: Das Bild stammt vom Vorlesetag 2017.